

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 M. Durch Ausleger 2.20 M. pro Woche, 9.— M. pro Monat. Durch die Post 9.— M. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 6—6 Uhr. Subskriptionspreis für die Provinz Schlessien, e. G. m. b. H., Breslau. Postkontokonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

KR 4 - 1922 < 1 >  
Montag, 2. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9gepaarte Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 M., auswärts 0.90 M. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familienanzeigen, Beerdigungs- und Verfallungsanzeigen 0.40 M. Reklame: Die Millimeterzeile, 9gepaart oder deren Raum im Text 2.— M.

## Neuer Hungerstreik im Zuchthaus Lichtenburg in Sicht!

### Eine Anklage gegen das gesamte Proletariat.

Folgendes Anruf haben die Gefangenen des Zuchthaus Lichtenburg an die Arbeiterpresse weitergegeben, ohne daß es, außer den kommunistischen Zeitungen, sogenannte Arbeiterzeitungen für nötig gehalten hätten, auf ihn einzugehen:

#### An alle proletarischen Klassengenossen.

Wiederum sind Monate verfloßen und noch immer lauschen wir mit aufmerkendem Ohre den nur leise zu uns klingenden Intervallen des hohen Liedes der proletarischen Solidarität. An Stelle dessen schlägt das Gejohle und Getöse des Euch zertretenden Wiederaufbau-Schiebertums an unser gequältes Ohr.

Wiederum haben wir monatelang den Schatten, den die Sonne in unsere Gitter wirft, die Wände auf und ab wandern sehen im steten Gedanken an Euch und Euer hartes Ringen mit dem fluchbeladenen Lebenslos, ob denn nicht endlich der Schritt Euer Bataillone und die Klänge des Liedes von der Solidarität jenes Geschrei überbönen würde. — Aber all unser Lauschen und Warten verlängert nur unsere Qual, darum vernehm noch einmal, das letzte Mal, was wir Euch sagen.

Wir sehen mit blutendem Herzen, wie Tintentulus in Arbeiterzeitungen unsere Tat im März, wie unseren Verzweigungschrift im November nur zu parteiagitorischen Zwecken benutzen, die proletarische Klasse vollends in die Irre zu jagen. Wir sagen Euch darauf, daß Ihr alle noch nicht auf die wahren Gründe und Ursachen gestoßen seid, aus dem einfachen Grunde, weil die, die positiv davon wissen, hinter Zuchthausmauern sitzen und genügend Charakterfestigkeit besitzen, um sie nicht der hungrigen Klassenjustiz zu überliefern, weil wir es als

#### eine Angelegenheit der Arbeiterklasse

betrachten, die darüber zu richten hat, ohne vom Parteiwahnsinn geblendet zu sein. Und wenn einige unserer Genossen an sich selbst und an der proletarischen Sache in temperamentvoller Weise Dinge zum Besten geben, von denen sie nur wenig oder nichts wissen, so dokumentieren sie mit ihrem scheinbaren Recht nur ihre Dummheit und werden früher oder später bereuen, die proletarische Klasse den Gegnern ausgeliefert zu haben.

Unsere Taten sind nur das, was wir davon halten, nicht was der Klassenrichter davon hält!

Was „Recht“ ist, kann der Mensch nur in seiner Brust als Recht anerkennen, und wenn er sonst ein ehrlicher Mensch ist, wird er stets recht und richtig handeln. Das geschriebene Recht ist nur immer das Recht des Stärkeren. Und zu dem Schreden der überlebenden Gewalt gehört für uns besonders der, daß der Starke seine Willkür mit dem Heiligenschein des „Rechts“ vertuschen kann. — Und dann eine Strafe, die ihrer Härte und Höhe nicht im mindesten im Einklang steht mit der Schwere der Tat des „Verbrechens“, kann niemals einen Erfolg haben, beweist sich vielmehr als eine Methode der Grausamkeit, Brutalität und Gemeinheit, die nur auf Demoralisation des Individuums zielt. Diese Strafen sind Mittel und Zweck parteipolitischer Sonderinteressen unserer Justiz, die im Konflikt mit der alten Wirklichkeit des alten Rechts stehen will.

Das wollen auch die Genossen in der SPD. einsehen.

Das Unverständnis unserer Strafen ist doch ein bis zu einem gewissen Grade verbreiteter Charakterzug und legt eine gewisse moralische Verantwortlichkeit voraus bei denen, die diese Strafen verhängen und ausführen.

Euch wir als Räubler zur Welt gekommen? Nein! Umstände und traurige Verhältnisse haben uns zur Selbsthilfe — Notwehr gezwungen!

In uns haben sie den Verbrecher, also Täter — Sünden — Urheber bestraft, alles in einem. Die akademisch gebildeten Richter der Richterzentrale Lichtenburg haben sie freigesprochen — weil sie auf Befehl der Reichswehrgeschichte gehandelt haben sollen. Der vorfällige Menschenmenschenward lag dabei klar auf der Hand: Urheber — Sünden — Täter, alle haben keine Schuld gehabt — und wie sieht es aus, wenn wir etwas tun? Das sehen die Proletarier selbst zur Genüge! Wir haben auch nicht auf irgend Befehl gehandelt, sondern der eigenen und der Not anderer leidender Menschen gehandelt. Die der herrschenden Klasse entgegen, damit der arme Mensch seinen Reichtum nicht...

soll vor ihnen. — Der Rapp-Bursch ist nunmehr mit kaum 20 Jahren Festungshaft „geföhnt“. Zur Sühne des März-aufstandes mußten etwa 3000 Jahre Zuchthausstrafen verhängt werden!

Proletarier! Wir können nur freigesprochen werden, wenn wir uns selber freisprechen. Das Proletariat — und wir sind ein Teil des Proletariats — kann nur durch das Proletariat selbst befreit werden! Und davon sind wir ausgegangen, als wir gehandelt haben!

Wie schreien in der Not zu Euch: Beherzigt diesen Satz!

Die Prüfung unserer Urteile meint vorüber. Man hat wirklich schnell gearbeitet. Der Justizminister hat sich telegraphisch an den Pfaffen der Anstalt Lichtenburg gewandt mit der Bitte um Vorschläge, bei welchem Gefangenen eine Strafmilderung angebracht. — Wer ist dieser Mann, dem solche Aufgaben übertragen? Ein Mensch, der kaum drei Monate in der Anstalt ist und sich überhaupt noch kein Urteil erlauben kann. Es ist fernerhin ein Mensch, der von Unwahrhaftigkeit froßt und er ist, womit er noch prahlt, Seelsorger des eben verurteilten Jagow gewesen! Er ist derselbe Pfaffe, der sich nicht scheut hat, sich über den Mord Erzbergers laut und herzlich zu freuen, der sich nicht scheut, zum Ausdruck zu bringen, daß die Tat eines Jagow als eine patriotische anzusehen ist, unsere als ein Verbrechen! Einen Mann, der also aus den §§ 81 und 82 so dehnbare Begriffe formt, hält man juristisch für fähig, unsere Urteile zu prüfen! Es ist derselbe Pfaffe, der für Spitzel beschleunigte Haftentlassungsverfahren einleitet und uns Kommunisten mit einem Haß verfolgt, der nur Priestern eigen, die das Monopol der christlichen Nächstenliebe in ihrem großen Herzen tragen. —

Auf Protest bei der Direktion, mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Unfähigkeit dieses Mannes, ist erklärt worden, daß der Pfarrer der Anstalt sich in keinem Verhältnis der Koordination befindet.

Weiter haben wir Euch nichts zu sagen, Arbeiter aller Parteien!

Wir sehen ein, daß für uns nun nichts anderes übrig bleibt, als wie den Schritt vom November erneut, diesmal bis zur äußersten Konsequenz zu gehen. Wir haben beschlossen, am 22. Januar in den Hungerstreik zu treten und fordern alle die in den Zuchthäusern schmachtenden Genossen auf, sich uns anzuschließen.

Wir fordern von der Regierung sofortige Haftentlassung, wir haben unsere Strafe verbüßt.

Wir werden vom 10. Tage auch die Aufnahme von Wasser verweigern.

Wir bitten Euch alle inständig, mit unserem Schritt in den Tod nicht zu lästern, indem ihr ihn benutzt, um Euch gegenseitig herunterzureißen, heute wie ehemals ist es unsere eigene Initiative, die uns so handeln heißt.

Wir erwarten nichts von den einzelnen Parteien, sondern von

der arbeitenden Klasse Deutschlands Solidarität und Hilfe.

Verlagt Ihr sie uns, werden wir als Schandstiel für Euch zu sterben wissen.

Es lebe die Rebellion!

Lichtenburg, den 24. Dezember 1921.

Für die Genossen des Zuchthaus Lichtenburg; Boleslaus Müller, Duisburg; Gotthard Thiemann, Bitterfeld-Werda; i. Sa.; Franz Kelmann-Kempin, Berlin-Galle.

Wir wollen, getreu dem Wunsche der Verfasser, diesen erschütternden Rotschrei und diese furchtbare Anklage nicht zum politischen Kampf gegen andere Arbeiterparteien ausnutzen, Sondern wir gerade an Hand dieses Anrufes die wahren Beweggründe der Enthüllungen der SPD-Presse anzeigen und manche Feuchelei aufdecken könnten. Wir wollen uns sogar jedes Kommentars enthalten zu der Tatsache, daß der „Vorwärts“ und mit ihm die gesamte SPD-Presse diesen Anruf, der sich doch an das gesamte Proletariat wendet, unterschlagen hat. Der „Vorwärts“ kommt in der Form, daß er abendwärts die Gefangenen mit „wackere Elemente“ beschimpft.

## Die Breslauer Eisenbahner in den Streik getreten.

Breslau, den 31. Dez. 1921.

Kurz vor Redaktionsschluss geht uns die Meldung zu, daß die Eisenbahner Breslaus um 2 Uhr Mittags in den Streik getreten sind. Neue Züge werden nicht mehr abgefahren. Der gesamte Zugverkehr wird voraussichtlich noch heute völlig zum Stillstand kommen.

Die Verbandsleitung verbreitet ein Flugblatt, deren entscheidende Sätze lauten:

„Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Bei diesem Kampfe handelt es sich nicht um finanzielle Forderungen allein, sondern es geht um unsere Freiheit und Rechte.

Achtstundentag, Koalitionsrecht, alles steht auf dem Spiele!

Auch kämpfen die Eisenbahner nicht allein für ihre Forderungen und Rechte, sondern um die der gesamten übrigen Staatsarbeiter und Beamtenschaft und des gesamten schaffenden Volkes.

Reaktionäre Geheimräte der Eisenbahndirektion Breslau stehen mit den reaktionären Führern der Schutzpolizei in Verbindung und beabsichtigen, die streikenden Eisenbahner niederzuschlagen.

Angestellte und Beamte der Schutzpolizei!

Erklärt Euch mit den Eisenbahnern solidarisch!

Fallt ihnen, die auch für Eure gerechten Forderungen kämpfen, nicht in den Rücken.

Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau u. Schlessien!

Wahret die Solidarität gegenüber den streikenden Eisenbahnern, unterstützt sie in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe gegen die Reaktion!

(Siehe auch 3. Seite.)

## Auslands-Politik der Woche.

Was wird Cannes bringen? — Das neutrale linke Rheinufer. — Ist Deutschland wirklich Panzerrott? — Englische Stimmensfinder. — Der ungeduldrige Rathenau in London und Paris. — Ententepläne mit Sowjetrußland. — Der Streit um Kleinasien. — Die nächste Wendung der Abrüstungsfrage.

A. K. — Auf den Weihnachtstagenjammer von London soll nun das Stellbischein in Cannes an der poetischen Riviera folgen. Noch nie hat eine Entente-Konferenz mit einem so absoluten Mißerfolg geendet wie die letzten Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George in London. Die englischen Diplomaten wollten es diesmal ganz schlau machen, also fielen sie ganz besonders herein. Lloyd George verwarf das Projekt der deutsch-englischen Verständigung zur gemeinsamen Erschließung Kleinasien's und gegen den französischen Widerstand durchzusetzen. Dazu sollte auch eine Zahlungsvereinfachung für Deutschland gehören. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß England jederzeit imstande ist, die französische Zustimmung zu einer Zahlungsvereinfachung für Deutschland zu erhalten, sobald die englischen Kapitalisten bereit sind, selbst Opfer zu bringen. Die Engländer selbst wollen aber nichts opfern, sondern sie wünschen, daß Frankreich Opfer bringt. England denkt z. B. nicht daran, den Franzosen die fruchtigen 150 Goldmillionen zu geben. Aber an Stelle dessen bot man den Franzosen etwas anderes: England erklärte, daß die Franzosen um ihre Sicherheit vor einem künftigen deutschen Angriff so sehr besorgt sind. England wolle den Franzosen diese Sorge nehmen. Wie wäre es mit einem Abkommen Deutschland-England-Frankreich, wobei alle drei Teilnehmer sich verpflichten, gegeneinander nichts zu unternehmen? Wenn aber doch zwischen zwei der Vertragspartner ein Konflikt ausbricht, so könne der dritte als Schiedsrichter wirken. Die englische Diplomatie wollte also den Gedanken des Washingtoner Vierbundes auf Europa übertragen. Aber sie haben eins übersehen: Die vier Mächte, die in Washington den Vertrag miteinander schlossen, betrachteten sich als ebenbürtig. Frankreich dagegen betrachtet Deutschland als seine Kolonie und sieht keinen Nutzen darin, mit Deutschland auf gleichem Fuß ein Bündnis abzuschließen. Aber der englische Vorschlag hatte noch eine besondere Schönheit; das linke Rheinufer sollte zum neutralen Gebiet erklärt werden, keine Truppen sollte dort unterhalten dürfen und Deutschland,

Belgien, England, Frankreich sollten sich verpflichten, jede Macht, die mit Wille in das neutrale Gebiet links des Rheins einrückt, sofort anzugreifen. Die Engländer meinten, daß dies eine schöne Garantie für Frankreich gegen einen neuen deutschen Ueberfall sei. Aber die Franzosen sahen darin nur einen Vorwand, um sie aus dem besetzten Gebiet herauszubefördern. Gegenwärtig steht Frankreich an den Pforten des Ruhegebietes. Nach Annahme einer solchen Anregung und Unterzeichnung eines derartigen Vertrages hätte Frankreich aber dieses Druckmittel verloren, eine Befestigung des Ruhegebietes wäre für alle Zeiten unmöglich geworden. Man kann es begreifen, daß Herr Briand als der politische Agent des französischen Großkapitals derartige Projekte glatt abwies.

In der eigentlichen Reparationsfrage war der Abstand zwischen der englischen und der französischen Auffassung ebenso stark. Briand hat offenbar in London darauf hingewiesen, daß er selbst ganz gern mit sich reden ließe. Aber aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs und speziell auf die Parliamentsmehrheit in Paris könne er keine Zugeständnisse machen. Von einer Ständung der deutschen Zahlungen in den nächsten Jahren wollten die Franzosen absolut nichts wissen, so daß auch die Engländer einsehen, daß sie mit dieser Anregung nicht durchkommen würden. Frankreich besteht darauf, daß Deutschland am 15. Januar die 500 Millionen Goldmark bezahlt. Höchstens eine Ständung der Februar-Rate nach pünktlicher Begleichung der Januar-Zahlung wäre diskutabel. In Paris ist man nach wie vor der Meinung, daß Deutschland vollkommen imstande ist, die Januar- wie die Februar-Zahlung zu leisten. Und wenn Deutschland die Zahlung verweigert, sei dies ein ganz gewöhnlicher, betrügerischer Bankrott. Es ist durchaus unwahrscheinlich, daß die Franzosen sich in Cannes nachgiebiger zeigen werden.

Die Strömung der englischen Politik, die eine Verständigung mit dem deutschen Kapital, also mit Stinnes, sucht, ist im eigenen Land durchaus nicht unangefochten. Eine wichtige Gruppe der englischen Kapitalisten lehnt es ab, auf das unsichere deutsche Pferd zu setzen. Es entspricht vielmehr den britischen Weltinteressen, sich mit Frankreich nicht zu verfeinden. Dazu kommt noch ein weiteres. Die Annahme des Stinnesplanes durch England würde zugleich den Willen kundtun, in lebhafteste Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland zu treten. Es gibt aber einflussreiche englische Kapitalisten, die nur mit einem wiederhergestellten gegenrevolutionären Rußland arbeiten und dort ihre Nervenprosite machen wollen. Das Sprachrohr dieser englischen Kreise ist die „Times“. Es ist bezeichnend, wie dieses einflussreiche Blatt gegen die dunklen Tugenden von Stinnes und Rathenau in London in den letzten Wochen schärf protestierte. „Times“ ist entrüstet darüber, daß Rathenau gerade zur Zeit der Konferenzen zwischen Lord George und Briand in London weilte. Herr Rathenau habe dort nichts zu suchen gehabt. „Times“ erwähnt ferner die Gerüchte über einen großen Plan zum Wiederaufbau Europas, zu dem die Anerkennung der bolschewistischen Regierung gehören sollte. „Times“ ipostet darüber, daß man dem Rußland dadurch zahlungsfähig machen wolle, indem man ihm die Ausbeutung Rußlands überläßt. Ebenso energisch haben Pariser amtliche Stellen die Behauptung dementiert, daß Verhandlungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland stattfinden. Trotz all dieser Widerstände taucht aber der Gedanke eines europäischen Finanzkartells für die wirtschaftliche Erleichterung Rußlands immer wieder auf. Auch das ist Übertragung einer Washingtoner Formel nach Europa. Ganz so, wie ein Kartell der internationalen Großbanken China in Ordnung bringen soll, will man in entsprechender Weise Sowjetrußland beglücken. Die Herren vergessen dabei nur, daß das heutige Rußland kein Peking ist.

Am 6. Januar beginnt die Tagung von Cannes. Gleichzeitig drängt sich Dr. Rathenau wieder in Paris auf und versucht, das heinerne Herz der Reparationskommission zu erreichen. Die ganzen Bemühungen Rathenaus sind ziemlich überflüssig, da ja doch die endgültigen Beschlüsse in Cannes gefaßt werden. Ferner ist noch die Abhaltung einer Orientkonferenz in Paris im Januar beabsichtigt. Hier soll endlich der englisch-französische Gegensatz in der türkischen Frage überbrückt werden. Die Engländer wollen auch hier sehr schlau sein. Sie sind jetzt zwar damit einverstanden, daß ihre griechischen Freunde Kleinasien räumen, aber man müsse doch die christlichen Minderheiten in Kleinasien schützen. Und diesen Schutz soll ein Organ des Völkerbundes übernehmen. Durch diese Hinterlist will das englische Kapital sich doch wieder in Kleinasien einmischen und den französischen Einfluß zurückdrängen. Denn die Gebiete, in denen solche „Schutzbehörden“ für die griechische und armenische Bevölkerung aufzustellen würden, wären damit der türkisch-französischen Kontrolle entzogen. Es ist klar, daß Frankreich auch auf diese Anregung nicht eingehen wird.

In Washington ist inzwischen eine sehr interessante neue Frage zum Thema der Abrüstung aufgetaucht: Man sehe den Fall, daß sich England verpflichtet, in den nächsten Jahren keine Panzerschiffe zu bauen. Was soll nun aber geschehen, wenn z. B. Spanien auf englischen Werften Schlachtschiffe bestellt? Man kann doch der englischen Industrie nicht verwehren, daß sie einen solchen Auftrag entgegennimmt! Wenn sich die Washingtoner Konferenz tatsächlich auf diesen Standpunkt stellt, so ist damit die Abrüstungskomödie vollkommen offenbart. Denn wenn nun die Großmächte neue Schlachtschiffe bauen wollen, so werden sie sich Scheinbestellungen irgendwelcher Kleinstaaten besorgen. Wenn dann der nächste Krieg ausbricht, liegen zufällig in den englischen Häfen so und soviel neuerbaute spanische oder norwegische Panzerschiffe, die dann sofort in den Besitz der britischen Flotte übergehen. Es geht doch nichts über eine echt kapitalistische Abrüstung.

## Politische Übersicht.

### Aus dem Mutterlande der Demokratie.

Derselbe Harding, der als Friedenspräsident einer der Haupttreiber der sogenannten Abrüstung ist, in dem man einen mächtigsten Demokratien (so recht nach dem SPD-Nuster) sieht, wird durch keinen besser charakterisiert, als durch die bürgerlich-demokratische „Frankfurter Zeitung“, die sich von ihrem Korrespondenten folgendes melden läßt:

Ein Punkt in der Politik des Präsidenten an den Kongress ist von wesentlicher innerpolitischer Bedeutung. Um das Publikum gegen „Uebergriffe der Gewerkschaften“ zu warnen, besonders wenn es sich um der breiten Öffentlichkeit dienende Anlagen wie Transportanstalten, Gas- und Wasserwerke usw. handelt, fordert Herr Harding scharfe Bewusstseinsbildung der Gewerkschaften. Wahrscheinlich schwebt ihm vor, was Richter Gary, der Leiter der United States Steel Corporation im April dieses Jahres in einer Aktionärsversammlung gesagt hat. Herr Gary verbreitete sich über das Unzureichende, das die Öffentlichkeit bei Streiks zu erdulden habe, und meinte, es wäre viel besser, wenn die Gewerkschaften unter strenger Aufsicht gestellt würden. Die der Stahlwerke denken alle Großindustriellen, nur haben sie nicht alle wie dieser den Einfluß der Gewerkschaften auf ihren Betrieb ausschalten können.

Das Herr Harding diesen Vorstoß gegen die Gewerkschaften wagen konnte, ist ein Zeichen der Zeit. Sie steht auf jenem Gebiete im Zeichen der Reaktion, die seit dem Krieg ihr Haupt immer höher erhebt. Nicht zum wenigsten ist dies den heimgelohnten Soldaten zuzuschreiben, die in der „American Legion“ vereinigt, dem Großkapital als eine Prätorianertruppe dienbar

sind, gedrillt, jeden „Roten“ anzupacken. Und „rot“ ist jeder Fortschrittliche; item jeder Arbeiter, der „Kapital-Trüste“ durch „Arbeits-Trüste“ im Schach halten möchte. So sieht das „freie Land“ Amerika schon nach der Schilderung bürgerlicher Schriftsteller aus! Deutlicher kann auch ein Kommunist nicht nachweisen, daß hinter der Maske der bürgerlichen Demokratie stets die Diktatur des Geldsackes sich verbirgt.

## Die U-Boote-Frage.

### Statt Abrüstung — unbefristete Abrüstung.

Die Washingtoner Konferenz ist jetzt völlig entlarvt als Abrüstungsschwindel. Was wir wiederholt prophezeit haben, ist eingetreten. Die kapitalistischen Interessen triumphieren über jede Abrüstung. Und statt dieser erteilt man sich jetzt nach einem widerlichen Pant wegen der Anzahl der U-Boote gegenseitig die Gelübde, auf „Teufel komm raus“ zu neuen Völkermorden zu rüsten. Es liegen folgende Meldungen vor: Die Anregungen auf der Washingtoner Konferenz, eine Einigung über die Tonnage der U-Boote und Hilfschiffe zu erzielen, sind als gescheitert anzusehen. Man wird sich vielleicht auf einen neuen Vorschlag Hughes einigen, der folgendermaßen lautet: Die Signaturmächte erkennen die Unmöglichkeit an, U-Boote gegen die gegnerische Handelschiffahrt in Anwendung zu bringen, ohne die allgemein anerkannten Grundsätze der zivilisierten Nationen zu verletzen, die zum Schutz der neutralen Nichtteilnehmer diene. Das Verbot eines solchen Gebrauchs der U-Bootwaffe wird allgemein anerkannt als ein Grundsatz des Völkerrechtes, und die Unterzeichneten laden alle Völker ein, sich diesem Verbot anzuschließen.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus Washington melden, daß die Beratungen über die Beschränkung der U-Boote jetzt endgültig gescheitert seien. Die Mächte erhalten die Vollmacht, soviel U-Boote zu bauen, wie sie wollen. England beansprucht hierbei das Recht, nicht nur U-Boote zu bauen, sondern auch Hilfschiffe, soviel es braucht, um seinen Handel zu verteidigen.

## Der Parlamentarismus.

### Kompromiß in der Steuerfrage.

Dr. Wirth wird wie aus parlamentarischen Kreisen der bürgerlichen Presse gemeldet wird, einige Tage vor Zusammenkunft des Reichstages die Führer der Regierungsparteien, von der SPD. bis zur Volkspartei zu einer gemeinsamen Besprechung einladen und ihnen nahe legen, sich über ein Kompromiß in der Steuerfrage zu einigen.

Die Stimmesierung der SPD. wird sich nunmehr praktisch im erhöhten Maßstab zum Schaden des Proletariats Deutschlands auswirken. Die „große Koalition“ — das bedeutet nichts anderes als restloser Stimmesstieg. Und das Kompromiß in der Steuerfrage, auf dem diese große Koalition basieren soll, das ist nichts anderes als die Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern des Proletariats.

Wir haben zu wiederholten Malen unsere warnende Stimme erhoben, haben immer nachgewiesen, daß es nur zwei Dinge gibt, Belastung der Arbeiterklasse infolge der Stimmesherjaft unter der Maske der großen Koalition oder Erfassung der Sachwerte, Belastung der Besitzenden durch den Klassenkampf eines einigen Proletariats.

Die Arbeiter der SPD. sollen sich hinterher nicht über die rückwärtslose Steuerfahne beklagen, wenn sie jetzt nicht den Mut finden, ihren Parteigrößen, die im Begriff sind, Stinnes endgültig in die Arme zu fallen, ein „Bis hierher und nicht weiter!“ zuzurufen.

## Wirtschaftliche Übersicht.

### Ankündigung der gewaltigen Teuerung.

Wie aus Rom gemeldet wird, hat Reichsfinanzler Dr. Wirth in den letzten Tagen dem Berliner Vertreter der römischen Zeitung „Paese“ eine Unterredung gewährt, in der er u. a. ausführte: „Die Bedingungen des Ultimatus sind unerfüllbar, aber Deutschland wird versuchen, den Reparationsverpflichtungen

# WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

ALS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIFT UEBERTRAGEN VON STE HAN J KLEIN.

(Nachdruck verboten.)  
Ich sage dir, sie war wunderbar gealtert, aber häßlich geworden, hat schauerlich angejammert, doch hat sie ein ganzes Zimmer voll Schreien gesammelt, und unerschütterlich Angezogen ergriffen, beim Überkommen, beim Reckerschrecken, bei den Wimpern, bei der Raubüberwältigung, bei den Wimpern, im Ausland, an allen erdenklichen Stellen. Dies war bei ihr vollkommen zum Wahnsinn geworden. Freilich konnte sie nirgend etwas erreichen — wir hätte ihr denn diese Tochter glauben sollen! — Und da sie immer Namen von Seiten wachte, die sie als Mörder bezeichnet, und in ausländischen Zeitungen für teures Geld die Namen von Offizieren veröffentlichte, die mit dem Reichsoberhaupt befreundet sind, ließ man ihr sagen, es wäre ratsam, zu schwören, sonst würde man sie unerbittlich machen. Denn die, so etwas sagte sie sich sagen lassen, wir jammern! Doch sagte nichts mehr, sie dachte gar nicht daran, zu schwören! Warde man vollkommen unerschütterlich, wollte mit Gewalt zur Offiziere aufpassen, die anwesend waren, als das Volk über ihren Mann das Lobeswort gab. Sie konnte sie kaum dabei festhalten. Sie tobte unerbittlich, sah Schauerbilder, man wollte sie erschrecken und hatte immer kein Wissen, sah ihren gehängten Mann. In dies nicht ansetzen!

Sie, es ist ... und wie sonst dies ...  
Sagen sie, was man ...  
Sagen sie, was man ...

Ich habe mit sie genau ...  
Sie war kann zu erkennen ...  
Was ist das? — fragte er. — Wer war jene interessante Frau?  
Sagen Sie, jene auffallend blonde Dame — erklärte ...  
Sagen Sie, jene auffallend blonde Dame — erklärte ...  
Sagen Sie, jene auffallend blonde Dame — erklärte ...

In diesem Augenblick verneigten sich die Kellner tief in der Richtung des Einganges, und auch die an den Tischen Sitzenden blickten mit erregtem Interesse auf. Ein nervöses, mageres, kleines Offizierlein mit schnüffelndem Gesicht trat ein. Seine unruhigen Augen ließen in dem rötlich erhellten, rauchgeschwängerten Raum umher, dann blickte er, auf dem Gesicht eine sonderbare Mischung von Verehrung, Aufregung, Angst und Eingeschüchternheit, auf den hinterher ihm zögernd verharrenden, langen Mann und nickte mit dem Kopf. Der hochgewachsene Mann trug ein schwarzes Sacco. Sein markantes, vertrocknetes Gesicht hielt er ohne jedes Interesse an die Höhe, schaute niemand an, ging so — mit bald raschen, halb unregelmäßig zögernden Schritten — über das freigelassene Parkett. An einem reservierten Tisch verneigten sich die Kellner vor ihm, schier atmlos. Dem Zivilisten folgten Offiziere. Auf ihren verlebten, zerwühlten, gereizten Gesichtern lag ein gemeinsamer beunruhigender Ausdruck, als hätte die gleiche Hand diese abstoßenden, jähstürzenden, schadenfrohen, angreifenden, irren Züge geprägt. Lärmlos, jäbelnd, mit lauter, bestimmter Rede, prophetisch stolzierten sie hinter dem hageren Mann einher.  
Die Kellner krümmten sich bereits unter der Last der Getränke. Das Dohlgelächter stimmte mit erschrockener, wilden Eifer ein schnuppiges, höhnißches Geklingel an, das nun zum Marktschrei der Armer avanciert war, — in der Welt dieser Offiziere.  
Als wären verwerf, schier unerträglich aufregende Störungen durch den Saal gesteuert, mit so hysterischen, verzückten Blicken folgten die Frauen und Männer der Gesellschaft. Von den vertrockneten beranzten Lippen flatterten die Laute einer hypnotischen, grenzenlosen Lust auf.  
„Ah ... Herrgott ... Und keine Offiziere!“  
(Schluß)

nachzukommen. Gegenwärtig ist die Regierung im Begriff, den Reichshaushalt gesund zu machen.  
Um das Gleichgewicht in der allgemeinen Staatsabfuhr herzustellen, ist eine starke Lebensversicherung unvermeidlich. Der Januar wird infolgedessen eine Erhöhung des Brotpreises und des Kohlenpreises bringen.  
Wir stellen hiermit die Frage, ob Reichsminister Wirth diese Aueßerungen tatsächlich getan hat. Es entspricht allerdings ganz dem Verhalten der Regierung, alle Reparationslasten auf die arbeitenden breiten Massen abzuwälzen, da sie nicht den Mut hat, die Sachwerte des Großkapitals anzutasten.  
Im übrigen zeigte auch der Verlauf der gestrigen Börse und die Preisentwicklung auf dem Produktenmarkt und ebenso auf dem Metallmarkt, daß das Kapital bereits neue gewaltige Preissteigerungen vorbereitet, die leichte Marktbesserung von Mittwoch ist durch das neuerliche Steigen des Dollars an der gestrigen Börse auf 186 überholt. Auch Industriepapiere liegen wiederum im Wert. Vor allem aber sind die Metallpreise von neuem stark in die Höhe gegangen. So macht sich der Beginn der neuen von Reichsminister Dr. Wirth angekündigten Preiswelle bereits bemerkbar.

**238 Milliarden schwabende Schuld.**  
Aus der eben veröffentlichten Uebersicht über die Finanzgebarung des Reiches in der zweiten Dezember-Dezade (d. h. vom 11. bis 20. Dezember) geht hervor, daß die schwabende Schuld des Reiches in diesen 10 Tagen um 4,41 Milliarden Mark zugenommen hat und jetzt insgesamt 237,9 Milliarden Mark beträgt. Die Zunahme an ungedeckter Schuld allein seit dem 1. April 1921 beträgt über 72,5 Milliarden Mark.  
Das stete Anwachsen der schwabenden Schuld Deutschlands bedeutet eine fortgesetzte Entwertung der deutschen Währung. Die Kosten dieser Finanzgebarung trägt letzten Endes der Arbeiter und der Angestellte, dessen Arbeitsverdienst im Verhältnis der Weltentwertung immer mehr an realem Wert einbüßt.

**Krupps Weihnachtsgeschenk.**  
Der Abschluß der Friedr. Krupp A.-G., Essen, zeigt auch in diesem Jahre eine beträchtliche Gewinnzunahme. Der ausgewiesene Betriebsüberschuß übersteigt den des Vorjahres um rund 100 Millionen Mark. Als Reingewinn werden 94 Millionen Mark ausgewiesen, nachdem schon vor dessen Errechnung 45 Millionen als Sonderrücklage und 75 Millionen Mark auf Wertberechnungskonto abgeschrieben waren. Was sonst noch vor Aufstellung des Reingewinnes in Abzug gebracht worden ist, ist aus der vorgelegten Bilanz nicht ersichtlich. Jedenfalls zeigen schon die eingeführten Rückstellungen von insgesamt 120 Millionen Mark, daß der ausgewiesene Gewinn von 94 Millionen nur einen Teil des Reingewinnes bezeichnet.

Die zur Ausschüttung gelangende Dividende beträgt für 25 Millionen Aktienkapital 4 Prozent und für 225 Millionen Mark Aktienkapital 6 Prozent. Die Dividende ist also im Vergleich zu dem Gewinnergebnis außerordentlich niedrig, und wenn man erwägt, daß die gesamten Dividenden nur einen Betrag von insgesamt 14,5 Millionen Mark, die Aufwendungen aber für Wertwohnungen und Wohlfahrtszwecke 30 Millionen Mark ausmachen, so möchte man in der Friedr. Krupp A.-G. fast einen weißen Raben unter den übrigen, nur auf hohe Dividenden erpichten Unternehmungen sehen. In Wirklichkeit ist diese phänomenale Bescheidenheit der Krupp-Aktionäre nur eine phänomenale Freigebung, denn da die Krupp A.-G. ein reines Familienunternehmen ist und mit Aktiengesellschaften nur die Gesellschaftsform gemeint hat, bleiben die Gewinne einfach direkt im Unternehmen selbst angesammelt, wodurch sich dessen Wert entsprechend vermehrt. Der Verzicht auf Dividende ist also nur ein Verzicht auf dessen unverzügliche Ausschüttung, nicht auf den Gewinn selbst.

Großes Aufsehen wird seit dem Beschluß der Krupp A.-G. gemacht, neue Aktien für die Werkangehörigen auszugeben und diese auf diese Weise an den Ergebnissen des Unternehmens zu beteiligen. Aber auch das ist nur eine Täuschung, denn die Arbeiter sollen eine Aktie im Nennwert von 1000 M. mit 1100 M. bezahlen und dafür eine sich zwischen 6 und 10 Prozent bewegende Verzinsung erhalten. Da diese Aktien aber ausdrücklich nur zu dem Ausgabezweck von der Gesellschaft zurückgekauft werden können und auch das Veräußerungsrecht illusorisch gemacht wird, so unterscheidet sich diese ganze Einführung von „Arbeiteraktien“ von einer Sparkasse nur dadurch, daß der Zinsfuß zwischen 6 und 10 Prozent schwankend ist und die Mindesteinlage 1100 Mark beträgt. Nicht einmal gegen Geldentwertung werden die Arbeiter gesichert, da der Kurs niemals über 110 Prozent hinausgehen kann, während sich bei allen anderen Aktien jeder Marktfurz sofort in einem Anziehen des Aktienkurses äußert. Krupp will die Arbeiter dieser Sorge vor Wechselfällen entheben und — steckt den Nutzen jeder Geldentwertung selbst ein.  
Wenn die Krupp A.-G. glaubt, auf diesem Wege die Arbeiter besser an sich fetten und den „sozialen“ Frieden erschleichen zu können, dann wiegt sie sich in einer falschen Illusion, denn wir haben die Ueberzeugung, daß gerade der von Krupp eingeschlagene Weg sehr bald auch jenen Arbeitern diese Arbeiterbeteiligung an kapitalistischen Unternehmen als Schwindel offenbaren wird, die heute noch an die Utopie des sozialen Friedens zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft glauben.

**Kommunistische Internationale.**  
**Die Exekutive der III. Internationale an den französischen Parteitag.**  
Auf dem Moskauer Parteitag der französischen Kommunisten wurde ein Schreiben der Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vorgelesen. Die Exekutive äußert sich über die organisatorische Arbeit der französischen Genossen im letzten Jahre seit dem Parteitag von Tours. Trotzdem müsse man aber sagen, daß die Bemühungen der französischen Partei nicht zureichend waren. Die Partei habe unter der Schwäche ihrer Zentrale gelitten. Die Partei habe auch darunter gelitten, daß sie weder eine Agitpropaganda, noch

# Vor dem Generalstreik der Eisenbahner?

**Streik in Berlin — Rheinland. Gröner will den Kampf sprengen.**

Der Streik der Eisenbahner, begonnen im Bereich des Direktionsbezirks Elberfeld, dehnt sich immer weiter aus, zunächst über das ganze Rheinisch-Westfälische Industriegebiet. Obwohl die Christen ihre Mitglieder aufgefordert haben, den Streik zu sabotieren, hat die übergroße Mehrheit auch der Christen sich solidarisch erklärt.

Während die Führer der Christen, von oben bis unten, offenen Verrat an den Eisenbahnern verüben, haben die Bezirks- und Ortsleitungen des D. E. V., getrieben durch den einmütigen Kampf ihrer Mitglieder, die Führung des Kampfes übernommen.

Während in den Direktionsbezirken Köln, Essen, Elberfeld der Verkehr fast vollständig ruht, stehen die Eisenbahner in den anderen Bezirken noch Gewehr bei Fuß und schauen nach Berlin. In Frankfurt, Mannheim, Nürnberg, Dresden, Breslau sind die Eisenbahner bereit, sofort in den Kampf zu treten.

In Berlin hat inzwischen eine wichtige Konferenz aller Funktionäre des Bezirks Berlin stattgefunden. Diese beschloß, sofort in den Streik zu treten, um den Absichten des Verkehrsministeriums, die die Eisenbahner in Einzelstreiks abkämpfen wollen, entgegenzutreten, und um ihre gerechten Forderungen zur Durchführung zu bringen.

Der Streik in Berlin hat sich nach den zurzeit vorliegenden Meldungen noch nicht auf das Fahrpersonal voll ausgebreitet. Daß die Eisenbahner den Beschluß aber bitter ernst nehmen und weder die Drohungen des Präsidenten Wulff noch des Verkehrsministers Gröner ernst nehmen, zeigt folgende Meldung:

## Streik in den Berliner Eisenbahnwerkstätten.

Nach einer Mitteilung der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben die Werkstättenarbeiter der Streikparole der Funktionäre Folge geleistet und bereits Freitag früh um 10 Uhr die Betriebe zu verlassen begonnen.

## Streik des Fahrpersonals.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat die Groß-Berliner Funktionär-Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes nicht beschlossen, die Mitglieder aufzufordern, im Laufe des Tages in den Streik einzutreten, sondern es wurde nur der Beschluß gefaßt, alle Vorbereitungen zu treffen, den Streik durchzuführen. In der Tat sind auch von der Betriebsleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes alle Vorbereitungen zum Beginn des Streiks durchgeführt worden. Danach wird erst heute Abend (Freitag) um 10 Uhr bzw. im Laufe der Nacht der Streik beginnen.

## Hamburg für den Streik.

Eine Versammlung der Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes Hamburg faßte einen Beschluß, in dem es heißt: Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes soll an die Regierung sofort ein Mit-

eine Gewerkschaftspolitik hatte. In Marseille müsse man dieses nachholen und für eine stärkere Zentrale sorgen. Es müsse auch in der Partei ein Geist größerer Disziplin geschaffen werden. Was die besonders wichtige Gewerkschaftsfrage betrifft, so solle zwar die Gewerkschaft als solche der Partei als solcher nicht untergeordnet sein. Aber die in den Gewerkschaften arbeitenden Kommunisten müssen sich als disziplinierte Kommunisten betrachten. Die Partei solle sich bemühen, die syndikalistischen Elemente allmählich für sich zu gewinnen, ohne aber dabei den anarchistisch-syndikalistischen Vorurteilen in bezug auf die politische Partei irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Es gehe auch nicht an, daß Kommunisten Zeitungen herausgeben, die nicht offiziell der Partei unterstehen und in denen eine verschwommene reformistische Politik gemacht wird. Hoffentlich würden die Arbeiten des Parteitag von Marseille der revolutionären Sache in Frankreich einen neuen Aufschwung geben.

## Aus der Partei.

### Beschlüsse der Zentrale in Sachen Friesland, Braß, Malzahn.

Wie wir schon kurz mitteilten, hat die Zentrale in ihrer Sitzung vom 27. d. Mts. einstimmig beschlossen, den Genossen Friesland seiner Funktion als Zentralmitglied und die Genossen Braß und Malzahn, die gemeinsam mit Friesland einen Aufruf unterzeichnet haben, ihrer Parteifunktionen bis zur Tagung des Zentralkomitees zu entheben.

Der Genosse Friesland war bereits am 14. d. Mts. seiner Funktion als Generalsekretär der Zentrale wegen seiner von allen übrigen Mitgliedern der Zentrale abweichenden politischen Anschauungen entlassen worden. Trotzdem die Zentrale gleichzeitig dem Genossen Friesland wie auch den übrigen Vertretern der gleichen Anschauung die weiteste Diskussionsfreiheit in der breiten Parteipresse gegeben hatte, hat er seitdem eine Reihe von Handlungen begangen, die sein weiteres Verbleiben in der Zentrale unmöglich machen.

Der Genosse Friesland hat ohne Wissen der Zentrale gemeinsam mit den Genossen Braß und Malzahn einen Aufruf an die Mitglieder der Partei erlassen, der durch unbestimmte Verdächtigungen und Verleumdungen die Partei schädigt.

In seiner Broschüre „Zur Krise unserer Partei“ wiederholt und erweitert er seine Angriffe gegen die Partei. Der Genosse Friesland hat ferner ohne Wissen und Zustimmung der Zentrale das Protokoll der Sitzung des politischen Büros vom 12. Dezember veröffentlicht.

matum stellen, nach dem die Forderungen der Eisenbahner bis zum 31. Dezember, mittags 12 Uhr, restlos bewilligt werden sollen, widrigenfalls der Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen sei.

## Die Beamten solidarisch.

Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Elberfeld ist in dem Streik der Eisenbahner dadurch erneut eine Verschärfung bzw. eine Ausdehnung eingetreten, daß neben dem Deutschen Eisenbahnerverband nimmere auch die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner in Darmstadt-Nittershausen die Streikparole ausgegeben hat.

## Die sächsischen Eisenbahner für den Kampf.

Die Elberfelder Beschlüsse werden in den Eisenbahnerversammlungen in ganz Sachsen diskutiert. Die Stimmung ist soweit, daß mit einem unmittelbaren Ueberpringen des Streiks für ganz Sachsen zu rechnen ist.

## Die Spitzenorganisationen verhandeln noch immer.

In später Abendstunden wurde am Freitag folgende Erklärung abgegeben, die man wohl als ersten Schritt zu einer befriedigenden Lösung bezeichnen kann:

Die unterzeichneten Parteien des Reichslohnvertrages geben die Erklärung ab, daß zwischen ihnen und dem Reichsverkehrsministerium über die Lohnverhältnisse der Arbeiter Verhandlungen gepflogen werden, die eine begründete Aussicht auf eine befriedigende Lösung bieten. Sie legen entschieden Wert darauf, daß in anderen Orten des Reichsgebietes keine Sonderverhandlungen gepflogen werden.

Berlin, 30. Dezember 1921.

Deutscher Eisenbahnerverband. Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner. Allgemeiner Eisenbahnerverband und der Reichsverkehrsminister Gröner.

Die Zentraleleitung des D. E. V. im Verein mit den anderen Spitzenorganisationen verhandeln noch immer und lassen sich von dem Fuhrer Gröner weiter vertrusten, obwohl die erstere erklärte, bei weiterer Ausdehnung den Generalstreik zu erklären. Die Zentraleleitung des D. E. V. hat noch immer nicht geknert, den Verzögerungen der Regierung ihren eisernen Willen entgegenzusetzen. Durch die Teilstreiks verliert der Streik an Kraft.

Die Regierung, die auf Befehl von Stinnes die Forderungen der Eisenbahner ablehnt, muß sich klar darüber sein, daß hinter den Eisenbahnern die gesamte klassenbewusste Arbeiterschaft steht.

Stinnes soll nicht Sieger werden! Die Eisenbahn soll nicht in die Hand von Stinnes kommen! Die Arbeiter allein wollen nicht die ganze Last der Reparationen und Steuern tragen! Diese Gedanken sollten die Eisenbahner und die noch im Hintergründ stehenden Arbeiter leiten.

Die Zentrale weiß sich mit den Parteigenossen im Reich einig, wenn sie gegen diese Handlungen als grobe Vertrauensbrüche und unverantwortliche Schädigungen der Partei sofort eingreift und dem Zentralkomitee, der am 22. Januar zusammentritt, die endgültige Erledigung dieser Angelegenheit überweist.

Wir berufen hierdurch für Sonntag, den 8. Januar 1922, die Vorsitzenden unserer Ortsgruppen zur

## Partei-Konferenz

nach Nieder-Salzbrunn (Unterbezirk Waldenburg).

### Tagungsordnung:

1. Die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Situation in der Partei. — Referent: Genosse Delsner-Dreslau.
2. Technisches zur bevorstehenden politischen Kampagne. — Referent: Genosse Delsner-Dreslau.
3. Die Kassenabrechnungen der Ortsgruppen. — Referent: Genosse Melzer-Gottesberg.
4. Organisationsangelegenheiten.  
Die Konferenz findet im Gasthof „Zur Eisenbahn“ in Nieder-Salzbrunn statt und beginnt pünktlich vormittags 10 Uhr.  
Die Vorsitzenden aller Ortsgruppen unseres Bezirks sind verpflichtet, zu dieser Konferenz zu erscheinen, die Kosten trägt die Bezirkskasse. Es ist den Ortsgruppen gestattet, weitere Genossen auf eigene Kosten zu delegieren.  
Zum 3. Punkt der Tagungsordnung haben die Vorsitzenden die beiden letzten Kassenauszüge mitzubringen.  
Wir bitten um vollzähliges Erscheinen der geladenen Genossen.  
Die Bezirksleitung SPD. Schlefen.

## Schlesische Rundschau.

### Ein schamhaftes SPD.-Blatt.

Aus Neustadt D.-S. schreibt uns ein Arbeiter:  
Die Arbeiterschaft von Neustadt und Umgebung ist, wie überall, von der SPD. sehr enttäuscht und wird immer unzufriedener mit ihr. Man schimpft auf die Herren, die sich selber so radikal gebärden, während ich, nachdem sie ihre Pflichten erfüllt haben, nicht mehr viel von ihnen zu hören ist. Diese Enttäuschung macht sich vor allen Dingen auch darin bemerkbar, daß in letzter Zeit von vielen Arbeitern die Parteizeitung der SPD, das „Freie Wort“, abbestellt wird. Man erklärt, das sei keine Arbeiterzeitung mehr, sondern ein Drecksblatt. Und das trifft tatsächlich zu. Man liebt darin nichts mehr von Klassenkampf, Politik, Sozialismus, sondern nur die Parteibekämpfung, welche, wenn man sie angriff, auf Stinnes und Kossorten, kein Eintreten für die Arbeiter des Reichs, nur um ein einziges oder zwei





Literatur.

Die Junge Garde, Kampforgan der kommunistischen Jugend Deutschlands.

Ist am 1. Januar als Sondernummer erschienen. Die Nummer wird zum Preis von nur 50 Hfa. abgegeben, da sie besonders die nichtorganisierten, die indifferenten und gegnerischen Jugendlichen aufzuziehen soll.

Wichtige Bücher.

Wir haben noch einen größeren Vorrat guter Bücher und Broschüren, die wir besonders unseren Ortsgruppen empfehlen. Jahrbuch für Arbeiterkinder 1922.

Bekanntmachungen der Bezirksleitung der K. J. Abt. Gewerkschaft.

Alle Ortsgruppen haben bis spätestens 15. Januar mitzuteilen, welcher Jugendgenosse das Ressort Gewerkschaft bearbeitet, und wo Betriebsfraktionen der K. J. bestehen.

Veranstaltungskalender.

Dresden: Montag, 9. Januar, Turnhalle Andersenstr. 2, Eumen. Volkstänze. Freitag, 6. Januar, 7 Uhr: Jugendheim, Alsenstr. Fraktionsführung der Metallarbeiter.

Gegen die Verleumder der politischen Gefangenen.

Nochmals Mühsam und die Unterstützungsgelder für politische Gefangene.

In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse regte man in letzter Zeit gegen den Revolutionär Mühsam, weil dieser angeblich eine Geldspende amerikanischer Arbeiter verteilt hat unter seiner persönlichen Verantwortung.

Abrechnung über eine Spende von 20000 Mark von einem revolutionären Arbeiterkomitee in Brooklyn.

Auf Veranlassung des Ehepaars Mühsam und Fräulein Weigen wurden im August dieses Jahres an Genossen Weigenbrenner obige Summe geschickt. Das sich in Brooklyn gebildete Komitee schrieb, daß die 20000 Mark nur für die in Niederhönjeld inhaftierten Käte-Republikaner ohne Parteizugehörigkeit bestimmt seien.

Bei der ersten Sitzung des 9. allrussischen Sowjetkongresses in Moskau hielt Lenin folgende Rede über die internationale Lage.

Ausgeschlossen wegen Arbeitsgemeinschaft mit dem Staatsanwalt 3 USP., 1 SPD., 4 KPD., 1 Parteilofer.

München, 21. Dezember 1921. Die Kommission: Rosa Aschenbrenner, Robert Kolle, Franz Auwed, Sebastian Wallther, Wilhelm Dufte.

Soll man, wenn schon nicht die Kapitalistenblätter, so doch evtl. die SPD.-Presse doch für so anständig halten, daß sie eine Berichtigung bringt?

Wie die „Welt am Montag“ mitteilt, wird Mühsam gegen alle, die die Behauptung aufstellen und verbreiten, er habe Gelder für politische Gefangene einseitig für seine Person verbraucht, Klage führen.

Auch die Anklagen gegen Franzke als Verleumdung entlarvt.

Gleichzeitig mit den oben von uns als Verleumdung entlarvten Anschuldigungen der bürgerlichen und der SPD.-Presse bezüglich angeblichen Unterschlagungen Mühsams hatte die KPD-Presse auch den Genossen Franzke als einen „sunderbaren kommunistischen Heiligen“ darzustellen versucht.

„In den von der „Volkstimme“ veröffentlichten „Entwühlungen“ über den in Marburg inhaftierten Genossen Franzke aus Sangerhausen hütet die Genossin Franzke, zu erklären, daß die Geschichte von Anfang bis Ende erlogen ist.

So also sieht die „kommunistische Sparagoge“ aus, die auf die Unterstützung der „Roten Hilfe“ verzichtet soll. Weil sie sich alles abspart und abdarbt und sich sogar noch in Schulden stürzt, nur, um ihren Mann unterstützen zu können.

Daß Franzke öfters als die übrigen Gefangenen Stadturlaub bekommt, erklärt sich einfach daraus, daß er wegen seines körperlichen Baues fast täglich bei einem Wandagisten vorzusprechen muß.

Wir überlassen es der Arbeiterkassette, nunmehr selbst ihr Urteil zu fällen.

Lenin über die internationale Lage und die neue Politik.

Auf der ersten Sitzung des 9. allrussischen Sowjetkongresses in Moskau hielt Lenin folgende Rede über die internationale Lage.

Kriege als Sieger hervor, weil trotz vieler von uns begangenen Fehler unsere Abschätzung der Lage und der Umstände viel richtiger war, als die, von der die Bourgeoisie sich leiten ließ.

Die wirtschaftliche Krise hat in der ganzen Welt, selbst für die Siegerstaaten, eine völlig unhaltbare Lage geschaffen. Kann man auf den Bestand des Gleichgewichtes, das sich ergeben hat, rechnen?

Trotz der größten Existenzschwierigkeiten, ohne Wechselbeziehungen mit den kapitalistischen Staaten, sind wir über diese schwierige Lage hinüber; man weiß nicht, für wen die Blockade folgenschwerer war: für unsere Gegner oder für uns.

Das Grundlegende, was nicht nur für unsere Revolution, sondern für alle bürgerlichen und sozialistischen Revolutionen wesentlich ist, das ist die Frage der Form des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Auf dem Gebiete der Versorgung der Industrie mit Heizmaterial läßt sich ein unzweifelhafter Aufschwung beobachten. Die erreichten Resultate sind aber noch ungenügend.

Die Grundlage der neuen Wirtschaftspolitik ist das Bündnis zwischen den Arbeitern und den Bauern. Wir wollen mehrere wirtschaftlichen Aufgaben ebenso schnell lösen, wie die militärischen und politischen.